



**Sitzungsvorlage**  
**für die 14. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln**  
**am 29. September 2017**

**TOP 3**                    **Genehmigung der Niederschrift über das**  
**wesentliche Ergebnis der 13. Sitzung des**  
**Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am**  
**07. Juli 2017**

Rechtsgrundlage:    § 18 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatterin:    Frau Marion Schmieder, Stenografisches Protokoll

Inhalt:                    Niederschrift  
                                  Anwesenheitsliste

**Beschlussvorschlag:**

Der Regionalrat Köln genehmigt die Niederschrift.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	2

## **TOP 1**

### **Feststellung der Tagesordnung**

#### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 13. Sitzung des Regionalrates, zu der ich Sie herzlich begrüßen darf. Ganz besonders begrüße ich unsere Regierungspräsidentin Frau Walsken, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung sowie Herrn Kolks vom Landesbetrieb Straßen.NRW, der uns nachher zu TOP 8 berichten wird. Diesen Punkt konnten wir in der Verkehrskommission nicht beraten, da uns die Informationen fehlten. Heute werden wir sie bekommen.

Ich darf auch die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne begrüßen. Vorsorglich möchte ich darauf hinweisen – das hat in den letzten Sitzungen eine Rolle gespielt –, dass nach den Regeln der Geschäftsordnung des Regionalrates während der Sitzung keine Bild- und Tonaufnahmen gestattet sind. Hier wird Wortprotokoll geführt, das für jedermann einsehbar ist.

Dann darf ich feststellen, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, da mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Die Tagesordnung wurde Ihnen mit Einladung vom 7. Juni 2017 bekanntgegeben. Zwischenzeitlich hat es einige Ergänzungen gegeben. Die letzte Ergänzung und damit die Tagesordnung, nach der wir heute vorgehen, trägt das Datum vom 29. Juni 2017.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	3

## **TOP 2**

### **Benennung eines stimmberechtigten Mitglieds des Regionalrates zur Mitunterzeichnung der Niederschrift der 13.Sitzung des Regionalrates am 07.07.2017**

#### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Unter TOP 2 haben wir ein Mitglied zu benennen, das die Niederschrift mitunterzeichnet. Das sind in diesem Fall die GRÜNEN. – Vonseiten der GRÜNEN wird Herr Waddey vorgeschlagen.

## **TOP 3**

### **Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 12.Sitzung des Regionalrates am 31.03.2017 – Drucksache Nr.: RR 41/2017**

#### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Einwände im Zusammenhang mit der Niederschrift sind nicht eingegangen; ich sehe auch jetzt keine Einwände. Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Regionalrates vom 31.03.2017 ist somit genehmigt.

## **TOP 4 a)**

### **Nachbesetzung eines beratenden Mitglieds für den Regionalrat und seiner Kommissionen – Drucksache Nr.: RR 42/2017**

#### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Wir haben zunächst die Nachbesetzung eines beratenden Mitglieds vorzunehmen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie zunächst darüber informieren, dass das beratende Mitglied der Naturschutzverbände Frau Monika Harte ihr Mandat

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	4

niedergelegt hat. Das Landesbüro der Naturschutzverbände hat einen neuen Vertreter benannt, und zwar Herrn Jakob Risch. Er gehört dem NABU an.

Ist Herr Risch hier? – Herr Risch, herzlich willkommen! Ich denke, es wird Ihnen Spaß machen, in unserem Gremium mitzuarbeiten.

**Beschluss:**

Der Regionalrat beruft Herrn Jakob Risch zum beratenden Mitglied des Regionalrats des Regierungsbezirks Köln und seiner Kommissionen.

- einstimmig -

**TOP 4 b)**

**Wechsel bei den stimmberechtigten Mitgliedern der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen hier: FDP-Fraktion – Drucksache Nr.: RR 50/2017**

**Vorsitzender Herr Deppe :**

Es gibt einen Wechsel bei den stimmberechtigten Mitgliedern der Strukturkommission, und zwar bei der FDP. Hier wird vorgeschlagen, Herrn Jörg Freynick zum stimmberechtigten Mitglied in der Strukturkommission zu benennen. Herr Westerschulze, der bislang ordentliches Mitglied war, wird stellvertretendes Mitglied.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	5

### **Beschluss:**

Der Regionalrat beruft Herrn Jörg Freynick (MdL) zum stimmberechtigten Mitglied der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen.

- einstimmig -

An dieser Stelle möchte ich Herrn Freynick noch zu seiner Wahl in den Landtag gratulieren. Jetzt sind wir wieder mit zwei Landtagsabgeordneten hier im Regionalrat vertreten. Es ist immer ganz gut, wenn es eine Verbindung auf die Landesebene gibt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

### **TOP 5**

#### **Sachstand zur Metropolregion Rheinland e.V. - Regierungspräsidentin Gisela Walsken -**

##### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Wir kommen damit zum regelmäßigen Bericht über den Sachstand zur Metropolregion. Hierfür darf ich Frau Walsken das Wort erteilen.

##### **Regierungspräsidentin Frau Walsken:**

Herzlichen Dank! – Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Obwohl am kommenden Montag die nächste große gemeinsame Vorstandssitzung stattfindet, möchte ich einige Dinge zum Sachstand vortragen.

Wie Sie wissen, liegt die Führung des Vereins in der Hand des Düsseldorfer Oberbürgermeisters und des engeren Vorstandes, auch in Vertretung durch Frau Oberbürgermeisterin Reker aus Köln, durch die Landräte Schuster und Hendele sowie den Vertretern der Wirtschaft. Fachlich, so habe ich den Eindruck, läuft die Arbeit ganz gut, obwohl die Geschäftsführung noch nicht etabliert ist und die

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	6

Strukturen noch nicht ganz rund sind. Lassen Sie mich einen kurzen Überblick geben.

In der Arbeitsgruppe Verkehr wird intensiv daran gearbeitet, das, was wir schon mehrfach gemeinsam diskutiert haben, auch umzusetzen, nämlich einen ersten Schritt in Richtung eines gemeinsamen Tickets im Rheinland zu gehen, also im Gebiet der Metropolregion. Da hat schon eine ganze Reihe an Vorgesprächen mit den entsprechenden Verkehrsverbänden stattgefunden. Ich gehe davon aus, dass wir im Laufe dieses Jahres eine positive Entwicklung verzeichnen werden können.

Darüber hinaus ist die Arbeitsgruppe Verkehr, die Herr Dr. Keller lange geführt hat – mittlerweile hat er eine wichtige Funktion in dieser Stadt inne –, sozusagen neu in der Konstituierung und in der Führung mit einem Mitglied aus der Düsseldorfer Verwaltung versehen worden. Ich denke, dass die Arbeit weiter fortgesetzt wird.

Vor wenigen Tagen hat sich in Bonn – wiederum auf Einladung des dortigen Oberbürgermeisters – die Runde um das Standortmarketing getroffen, in der Hoffnung, dass wir, was das Marketing, gemeinsame Messeauftritte und Sonstiges betrifft, ein Stück vorankommen.

Die Kulturarbeitsgruppe arbeitet daran, das Format „Kultur im Rheinland“ und die entsprechende Plattform auf den Weg zu bringen. Ich weiß aus der Arbeitsgruppe „Bildung und Weiterbildung“, dass auch sie getagt hat und dass man dort ebenfalls tätig ist.

Was tut sich an der Spitze? – Es hat einige Versuche gegeben, einen Geschäftsführer mehr oder weniger auf Interessenbekundungen hin zu finden. Dazu haben interne Diskussionen um eine Person stattgefunden, die für nicht geeignet gehalten wurde. Diese Person hat jedoch ihre Bewerbung zurückgezogen. Am kommenden Montag soll das Verfahren weiter auf den Weg gebracht werden. Möglicherweise wird zunächst mit einer Interimsgeschäftsführung gearbeitet.

Die positive Nachricht ist, dass die Räume hier in Köln für die neue Landesgeschäftsstelle, sozusagen die Metropolregion-Geschäftsstelle, mittlerweile fertig sind, sodass man dort den Betrieb aufnehmen könnte. Wenn am Montag die

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	7

Vorstandssitzung gelaufen ist, hoffe ich, dass wir dann bei der Suche nach einem neuen Geschäftsführer ein Stück weiter sind.

Das sind für den Moment die wichtigsten Punkte. Wichtig ist, dass im Hintergrund die Arbeit inhaltlich weiterläuft. Wir begleiten das Verfahren aus unserem Hause noch ein Stück weit, ebenso die Bezirksregierung Düsseldorf. Sobald jedoch ein Geschäftsführer gefunden ist, wird die Arbeit nach dorthin abgegeben.

So weit der Sachstand. Am Montag wird dann in der letzten Sitzung vor der Sommerpause der letzte Schritt gemacht werden können.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank, Frau Walsken. – Herr Waddey hat eine Frage oder eine Anmerkung dazu. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Herr Waddey:**

Ich habe eine Frage. Die Arbeitsgruppen sind vor zwei oder drei Jahren im Zuge des Formierungsprozesses etwas geöffnet worden, auch für Vertreterinnen und Vertreter aus dem Regionalrat. Ich selbst hatte mich zum Beispiel für die Arbeitsgruppe Verkehr gemeldet, bin auch eine Zeitlang eingeladen worden, zuletzt jedoch nicht mehr. Ist in dieser Hinsicht irgendeine Änderung vorgenommen worden? Wer ist für die Einladungen der Arbeitsgruppen überhaupt zuständig?

**Regierungspräsidentin Frau Walsken:**

Ich möchte Sie um Verzeihung bitten. Nachdem formal der neue Vorstand eingesetzt war, ist die Arbeit ein Stück weit aus unseren Händen in Richtung des neuen Vorstands gewandert. Der Wechsel in der Arbeitsgruppenspitze wird dazu geführt haben, dass Sie irrtümlich nicht eingeladen wurden. Ich werde mit den Düsseldorfern reden und mitteilen, dass Sie weiterhin zur Arbeitsgruppe gehören. Ich kann mir nur vorstellen, dass es sich um ein Versehen handelt, weil eben Herr Dr. Keller nicht mehr da ist und jetzt die Nachfolge begonnen hat.

In der Arbeitsweise hat es keine Veränderungen gegeben; wir wollen die Arbeitsgruppen weiterhin offen gestalten. Wir haben die Arbeitsgruppen in einer der

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	8

ersten Vorstandssitzungen in ihrer Arbeit bestätigt. Ich prüfe das Ganze jedenfalls und sehe zu, dass alles wieder vernünftig läuft. Falls so etwas auch bei anderen eingetreten sein sollte – bitte ein kurzes Signal an unser Büro, und ich Sorge dafür, dass Düsseldorf Sie weiterhin auf der Liste hat.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Danke schön. – Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Vielen Dank, Frau Walsken, für den Bericht und die Auskünfte.

## **TOP 6**

**24. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln, Neudarstellung eines Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches für zweckgebundene Nutzungen (GIB m.Z.) Autohof, Stadt Elsdorf hier: Aufstellungsbeschluss**

Drucksache Nr.: RR 43/2017

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Neudarstellung eines Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichs für die zweckgebundenen Nutzungen durch einen Autohof auf dem Gebiet der Stadt Elsdorf. Wir haben uns schon mehrfach sehr ausführlich mit diesem Thema befasst.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe als Ersten Herrn Neitzke für die SPD-Fraktion. Bitte schön.



Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	9

**Herr Neitzke:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir haben uns sehr ausführlich mit dieser Vorlage beschäftigt. Uns allen ist klar, dass die Autobahn zwischen den Kreuzen Aachen und Heumar eine der am stärksten befahrenen Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland ist. Darüber hinaus hat sie noch internationalen Charakter, da sowohl Belgien, die Niederlande, aber auch die dahinter liegenden Länder wie Großbritannien, Frankreich, Spanien usw. angeschlossen sind.

Auf dieser Strecke herrscht ein extrem hoher Lkw-Verkehr. Der deutsche Landesgesetzgeber hat ein Personalrecht geschaffen, und auch die europäischen Gesetzgeber haben entsprechende Richtlinien herausgegeben, wonach es Lenk- und Ruhezeiten gibt, die eingehalten werden müssen. Solche Lenk- und Ruhezeiten sind sehr wichtig; denn durch die Ruhezeiten wird gewährleistet, dass es zu möglichst wenigen Gefährdungen durch den öffentlichen Verkehr auf den Autobahnen kommt.

Wir erinnern uns noch an das letzte schreckliche Busunglück: ein Auffahrunfall in einem Stau. Die Statistik belegt, dass es durch Übermüdung und durch lange Fahrzeiten gerade im Lkw-Bereich zu Unfällen kommt, wenn die Fahrer sich nicht an die Ruhezeiten halten. Wenn der Gesetzgeber solche Lenk- und Ruhezeiten fordert, müssen wir als diejenigen, die über den Regionalrat ebenfalls im Gesetzgebungsverfahren beteiligt sind, dafür Sorge tragen, dass diejenigen, denen man solche Vorschriften auferlegt, die Möglichkeit erhalten, diese Ruhezeiten auch einzuhalten. Dafür müssen Flächen vorgehalten werden, wo dies möglich ist, ohne den fließenden Verkehr auf den Autobahnen zu behindern.

Wir unterhalten uns also über eine sehr vernünftige Einrichtung. Im Abwägungsprozess hat die Bezirksregierung eine umfangreiche Vorlage erarbeitet. Wir stellen fest, dass die Masse der Einwendungen im Rahmen der Erörterungen abgearbeitet werden konnte. Insgesamt sind nur sehr wenige Punkte übrig geblieben, in denen keine Einigung erzielt werden konnte. Wenn wir das Gut „Mensch“ an erste Stelle setzen, müssen wir gewisse kleinere Einschränkungen in

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	10

Kauf nehmen. Das gehört zu einer Gesellschaft dazu. Man kann nicht nur in eine Richtung denken; man muss in beide Richtungen denken.

Ich bin jedenfalls der Meinung, dass wir einen vernünftigen Kompromiss in den Bereichen erzielen konnten, wo es zunächst keine Einigung zwischen den Antragstellern und der Bezirksregierung gab. Mit diesen Kompromissen im Interesse der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger kann man gut leben. Deshalb können wir uns nach sorgfältiger Abwägung heute diesem Aufstellungsbeschluss anschließen.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank, Herr Neitzke. – Als Nächster hat das Wort Herr Fabian für die CDU-Fraktion.

**Herr Fabian:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Bei der Regionalplanänderung im Zusammenhang mit diesem Autohof haben wir es mit einem Abwägungsprozess zu tun. Auf der einen Seite haben wir die Aufgabe, ausreichende Ruhemöglichkeiten für den starken Lkw-Verkehr, der noch weiter zunimmt, zur Verfügung zu stellen; auf der anderen Seite gibt es die verschiedenen Befindlichkeiten vor Ort.

Ich darf für die CDU-Fraktion feststellen, dass wir mit der Abwägung der Bezirksregierung zu den einzelnen Bedenken im Ergebnis einverstanden sind, auch wenn nicht allen Bedenken abgeholfen werden konnte. Wir werden der Regionalplanänderung heute also zustimmen.

Besonders wichtig ist es uns, dass die textliche Darstellung sehr deutlich formuliert, dass die zweckgebundene Errichtung des Autohofs Elsdorf tatsächlich ausschließlich der Errichtung eines Autohofs dient und dass erst dann, wenn die wesentlichen Dinge vorhanden sind, nachgelagerte Dinge errichtet werden können. Das ist in der Erläuterung noch einmal explizit dargelegt.

Im Ergebnis werden wir, wie gesagt, heute zustimmen.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	11

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. – Als Nächstem erteile ich das Wort Herrn Beu für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Herr Beu:**

Herr Vorsitzender, Frau Regierungspräsidentin, meine Damen und Herren! Es bleibt festzustellen, dass gerade der Lkw-Verkehr auf den bundesdeutschen Autobahnen in den letzten Jahren – im Grunde in den letzten Jahrzehnten – fast schon explosionsartig zugenommen hat. Man mag es politisch bedauern, aber die Faktenlage ist nun einmal so, wie sie ist.

Die Probleme sind offensichtlich und nehmen zu. Immer häufiger sieht man Lkws, die auf Zufahrten zu Tankstellen oder Parkplätzen verkehrswidrig parken. Jeder, der häufiger auf Fernstraßen unterwegs ist, wird dies schon wahrgenommen haben. Hinzu kommt die Situation vor Ort: Immer wieder gibt es Lkws, die am Wochenende von den Autobahnen abfahren und sich in irgendwelche x-beliebigen Gewerbegebiete hinstellen, ohne Sanitäreinrichtung usw.

Diese Situation bedarf dringend einer Verbesserung. Das kann durch die Errichtung eines Autohofs gewährleistet werden. Wir legen wie der Vorredner Wert darauf, dass sich ein solcher Autohof nicht über einen Umweg zu einem kleinen Gewerbegebiet in Normalform entwickelt. Die Zielsetzung muss sein, einen Autohof realisieren zu können. In der Abwägung, wie sie auch die beiden Vorredner vorgenommen haben, kommen wir zu demselben Ergebnis.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Herzlichen Dank. – Als Nächster spricht für die FDP-Fraktion Herr Göbbels.

**Herr Göbbels:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Auch wir stimmen dieser Vorlage insgesamt zu. Meine Vorredner haben schon viel von dem gesagt, was auch unserer Auffassung entspricht.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	12

Man erkennt auch anhand unserer Anfrage unter TOP 11, dass wir uns in der Fraktion intensiv mit dieser Angelegenheit beschäftigen, unter anderem mit der Situation des Parkens bzw. Übernachtens in Gewerbegebieten nahe der Autobahn. Ich selbst kenne dieses Phänomen aus meiner Heimatstadt Eschweiler. Da liegt ein Gewerbegebiet direkt an der Autobahn, und die Parkplätze dort werden immer von Lkws benutzt. Manchmal muss sogar das Ordnungsamt eingreifen.

Ich möchte noch eine Bemerkung zu den Unterlagen machen. In den Unterlagen sind nur die 6,5 ha dargestellt, die bebaut werden sollen. In den weiteren Unterlagen habe ich gelesen, dass jedoch über die 12 ha des ursprünglichen Plans befunden wird. Diesen Plan konnten wir aber nur der Vorlage, die aus November 2015 stammt, entnehmen. Vielleicht wäre es günstig, noch eine aktuelle Informationskarte hinzuzufügen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Danke, Herr Göbbels. Vielleicht kann die Frage direkt von Frau Feldmann beantwortet werden.

**Frau Feldmann:**

Das kann ich gerne tun. Es bleibt bei der ursprünglichen flächenmäßigen Darstellung des GIB mit Zweckbindung. Ich nehme aber die Anregung auf, dass wir den ursprünglichen Plan weiter verfolgen und entsprechend veröffentlichen werden. Insofern ist die Information dann auch wieder dabei.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. Ist die Sache damit aufgeklärt? – Ich sehe ein Nicken.

Dann darf ich als Nächstem für die Fraktion DIE LINKE Herrn Singer das Wort erteilen.

**Herr Singer:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir lehnen zusammen mit Frau Plum von den PIRATEN diese Vorlage ab. Wir haben auch schon gegen den

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	13

Erarbeitungsbeschluss gestimmt, weil für uns nicht schlüssig dargelegt wird – das gilt auch für die Vorlage; wir haben uns intensiv damit beschäftigt –, warum der Autohof ausgerechnet in Elsdorf an diesem Punkt unabdingbar sein soll.

Ein Argument dagegen: Durch die Verlegung der A4 sind Parkstände weggefallen, und mir ist bis heute nicht schlüssig erklärt worden, warum an der neuen A4 keine Parkplätze gebaut wurden. In Richtung Aachen werden nun Parkplätze errichtet. Diese werden aber einfach nicht mitgezählt, weil die komische Regelung besteht, dass sie erst dann mitgezählt werden, wenn sie fertiggestellt sind. Unseres Erachtens ist hier ein künstlicher Mangel erzeugt worden.

Ein weiteres Argument dagegen: Meine Vorredner haben schon erwähnt, dass es zwischen Heumar und Aachen angeblich zu wenig Parkstände gibt. Warum wird denn nicht ein anderer Standort gesucht bzw. geprüft? Meiner Information nach ist Elsdorf nur deshalb übrig geblieben, weil alle anderen Gemeinden gesagt haben: Nein, bei uns nicht. – In Elsdorf gibt es eine große Bürgerbewegung gegen diesen Autohof, die sich sehr engagiert und fachlich versiert gegen die Regionalplanänderung ausspricht, und die sich mit in unseren Augen sehr guten Argumenten immer wieder ins Spiel gebracht hat.

In der Vorlage sehen wir die Argumente gegen den Autohof letztendlich nicht ausgeräumt. Es werden keine Alternativen geprüft. Ich erinnere die CDU daran, dass sie sich gegen eine Rast- und Tankanlage in Leverkusen ausspricht, wenn ich die Anfrage unter TOP 11 richtig verstehe. Dort wird das aber nicht in Angriff genommen, weil dort ja irgendwelche Naturschutz- oder Bürgerbelange berührt werden. Nur in Elsdorf spielt das alles keine Rolle. – Von daher bleiben wir bei unserer Ablehnung.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Danke schön. – Jetzt hat sich noch Frau Plum von den PIRATEN gemeldet.

**Frau Plum:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zu einem Teil ist das, was ich fragen wollte, schon beantwortet worden. Es ist eigentlich müßig, allgemein

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	14

darüber zu diskutieren, ob und warum wir solche Autohöfe brauchen. Das ist klar und nachvollziehbar.

Hier aber geht es um einen ganz konkreten Fall und um ganz konkrete Umstände. Da kann man unter Umständen zu dem Schluss kommen, wie das bei den LINKEN und bei mir der Fall war, zu sagen: Ja, wir brauchen das – aber nicht an dieser Stelle.

Für mich ist noch ein weiterer Punkt wichtig, den auch der Kollege von der FDP vorhin angesprochen hat: Auch mir ist aufgefallen, dass in dem Text wiederholt unterschiedliche Zahlen für die Größe auftauchen. Anfänglich war von 12,5 ha die Rede; dann heißt es auf einmal: Jetzt wollen wir nur noch 6,5 ha bebauen. – Zwischendurch habe ich auch die Zahl von 9 ha gelesen. Es wird eigentlich nicht klar, über welche Größenordnung wir hier abstimmen sollen.

Es gibt auch noch den Gummiparagrafen, dass der Autohof, wenn er mit seinen Basisteilen erst mal steht, noch erweitert werden könnte. Das ist sozusagen work in progress, und dem möchte ich eigentlich nicht Tür und Tor öffnen. Deswegen – wie Herr Singer schon gesagt hat – werde ich mich hier den LINKEN anschließen und dagegen stimmen.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Jetzt gibt es noch eine weitere Wortmeldung von den LINKEN. Frau Hane-Knoll.

**Frau Hane-Knoll:**

Ich möchte aus politischer Sicht noch etwas zu Ihrer Argumentation sagen, dass die Übermüdigungserscheinungen von Lkw-Fahrern darauf zurückzuführen seien, dass nicht genügend Lkw-Stellplätze vorhanden sind. Dem möchte ich widersprechen. Ich glaube, es liegt eher daran, dass die Fahrer genötigt werden, möglichst schnell ihr Ziel zu erreichen und deshalb auf Pausen und auch auf entsprechende Schlafmöglichkeiten verzichten. Des Weiteren ist der Autohof kostenpflichtig, soweit ich das weiß. Da stellt sich die Frage, ob hinterher überhaupt die nötige Auslastung gegeben ist, oder ob nicht doch weiterhin Gewerbegebiete angefahren werden. – Danke schön.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	15

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit können wir zur Abstimmung kommen Ihnen liegt der Beschlussvorschlag vor.

**Beschluss:**

1. Der Regionalrat nimmt die Niederschrift der Erörterung (vgl. Anlage 1 dieser Beschlussvorlage) und das Ergebnis der öffentlichen Auslegung der Planung (vgl. Anlage 4 dieser Beschlussvorlage) zur Kenntnis.

2. Der Regionalrat stellt die 24. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Köln gemäß § 19 Absatz 4 LPlG NRW in der Fassung des Planentwurfs ergänzt durch eine textliche Erläuterung (vgl. Anlage 2 dieser Beschlussvorlage - Aufzustellender Plan) auf. Über die nicht ausgeräumten Bedenken der Landwirtschaftskammer NRW, des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW sowie der Stadt Kerpen entscheidet er gemäß dem jeweiligen Ausgleichsvorschlag der Regionalplanungsbehörde (vgl. Anlage 1 dieser Beschlussvorlage).

- beschlossen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE sowie der PIRATEN -

3. Der Regionalrat beauftragt die Regionalplanungsbehörde, die gemäß Beschluss zu Punkt 2 dieser Vorlage aufgestellte 24. Änderung des Regionalplanes der Landesplanungsbehörde NRW gemäß § 19 Absatz 6 Landesplanungsgesetz NRW anzuzeigen.

- einstimmig -

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	16

## **TOP 7**

### **Zielabweichungsverfahren zur 101. Änderung des Flächennutzungs-plans der Stadt Bad Honnef “Industriegebiet Dachsberg II“ hier: Bestätigung des Dringlichkeitsbeschlusses**

Drucksache Nr.: RR 44/2017

#### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Hier gibt es einen Dringlichkeitsbeschluss; das hatten wir in der Strukturkommission schon so besprochen. Diesen hat Herr Neitzke als Vorsitzender der Kommission mit der Bezirksregierung gefasst. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Singer, bitte.

#### **Herr Singer:**

Ich habe eine Frage. In der Geschäftsordnung hat es sich mir nicht erschlossen: Nach welchen Kriterien wird eigentlich bewertet, ob ein Dringlichkeitsbeschluss zulässig ist oder nicht? Den Unterlagen habe ich entnommen, dass es sinnvoll wäre, eine Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen, weil der Vorhabenträger dort schnell beginnen will. Mir erschließt sich nicht so ganz, warum dann, wenn jemand schnell bauen will – das will doch jeder –, eine Dringlichkeitsentscheidung getroffen wird. Nach welchen Kriterien wird das entschieden?

#### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Diese Frage kann Herr Schilling beantworten. Zuvor möchte ich darauf hinweisen, dass wir in der Strukturkommission – ich weiß nicht mehr genau, ob auch im Ältestenrat – darüber gesprochen und dort auch die Meinung des Regionalrats gebildet haben. Das war am 19. Mai 2017. Heute schreiben wir den 7. Juli 2017. Die Stadt Bad Honnef hatte seinerzeit ein großes Interesse daran, dass die Änderung ihres F-Plans möglichst zügig genehmigt werden sollte. Das Interesse einer Kommune daran ist durchaus nachvollziehbar, und deshalb haben wir das damals so



Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	17

beschlossen. Zur rechtlichen Lage kann jetzt sicherlich Herr Schilling Auskunft geben.

**Herr Schilling:**

Herr Vorsitzender, sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich im Grunde nur den Worten des Vorsitzenden anschließen. Es gibt weiterhin keine bestimmten rechtlichen Kriterien. Das ist immer eine Einzelfallentscheidung.

Hier war es so, dass die Stadt Bad Honnef uns gebeten hatte, den Dringlichkeitsbeschluss zu fassen, da die zwei Monate im Vorgriff wichtige Entscheidungen im Bauablauf mit sich bringen würden. Das betraf Maßnahmen für den Natur- und Landschaftsschutz, also bestimmte Tunnelgebiete, die man schon in Angriff nehmen wollte.

Das ist uns dargelegt worden als dringende Bitte der Kommune. Das konnten wir nachvollziehen, sodass die Dringlichkeit geboten erschien. Mir ist jedoch nicht bekannt, dass bestimmte Kriterien im rechtlichen Sinne anzudenken wären. Wir haben vielmehr, wie gesagt, im Einzelfall entschieden, so wie es uns die Kommune dargelegt hat.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Dann ist das aufgeklärt.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Beschlussvorschlag liegt Ihnen vor.

Wer also stimmt dieser Dringlichkeitsentscheidung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich?

**Beschluss:**

Der Regionalrat bestätigt mehrheitlich den vorliegenden Dringlichkeitsbeschluss gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und der Vertreterin der Fraktion der PIRATEN.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	18

## **TOP 8**

### **Rheinquerung zwischen der A 555 und der A 59 – Mündlicher Sachstandsbericht**

#### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Ich darf zu diesem Tagesordnungspunkt herzlich Herrn Kolks begrüßen. Herr Kolks, wir erhoffen uns von Ihnen einen aussagekräftigen Bericht über den Stand und das weitere Vorgehen zu dem verkehrlich neben dem Bahnknoten Köln wichtigsten Projekt hier im Rheinland, nämlich der neuen Rheinquerung zwischen der A555 und der A59.

Wir hatten diesen Punkt schon in der Verkehrskommission auf der Tagesordnung. Der Vertreter des Landesbetriebs war leider nicht in der Lage, hierzu Auskünfte zu geben, die über die knappen schriftlichen Ausführungen hinausgingen. Daher sind wir froh, dass Sie heute hier sind, Herr Kolks. Wir haben große Erwartungen an Sie. Wie ich Sie kenne, werden Sie uns nicht enttäuschen. Sie haben das Wort.

#### **Herr Kolks:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen. Mein Name ist Willi Kolks. Ich bin Abteilungsleiter Planung in der Regionalniederlassung Rhein-Berg des Landesbetriebes Straßenbau.NRW und in dieser Funktion unter anderem zuständig für dieses wichtige, herausfordernde Projekt: Herstellung einer Autobahnspange mit Reinquerung bei Wesseling.

Herr Deppe, Sie haben gerade dazu beigetragen, die Erwartungen an meinen Vortrag ins Unermessliche zu steigern. Ich will versuchen, das Ganze ein wenig zu relativieren. Ich weiß natürlich um die Erwartungen an den Projektfortschritt und auch, dass es ein sehr großes und berechtigtes Interesse daran gibt, auf dem Laufenden gehalten zu werden. Ich muss dennoch zumindest versuchen, Ihre Erwartungshaltung ein wenig zu dämpfen.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	19

Wir sind sehr, sehr fleißig, was dieses Projekt anbelangt, aber ich kann Ihnen heute wahrscheinlich gar nicht so viel Neues erzählen, wie Sie gerne von mir hören wollen. Warum das so ist und warum es eigentlich gar nicht anders sein kann, das möchte ich Ihnen mitteilen.

Vorweg vielleicht, damit alle in etwa auf dem gleichen Stand sind, ein paar Dinge zur Vorgeschichte. Jeder von Ihnen kennt die Situation in der Ballungsraumrandzone zwischen den Städten Köln und Bonn. Sie wissen, dass wir es dort mit einer Wachstumszone zu tun haben, die heute gebremst wird durch die bestehenden Probleme in der Infrastruktur. In dieser Situation hat im Jahr 2013 das Land Nordrhein-Westfalen mit großem Rückenwind aus der Region das Projekt „Autobahnquerspange A553“ für den Bundesverkehrswegeplan 2030 angemeldet.

Damit das Land dieses Projekt anmelden konnte, haben wir als Landesbetrieb Straßenbau damals eine sogenannte Beispieltrasse erarbeitet. Diese Beispieltrasse kennen Sie vermutlich; die Anbindung ist an der heutigen Anschlussstelle Köln-Godorf und geht von dort aus über den Rhein, wo sie an die A59 im Bereich der Anschlussstelle Lind mündet. Das ist die Beispieltrasse, die das Land Nordrhein-Westfalen damals dem Bund zur Bewertung gemeldet hat.

Der Bund hat anhand dieser Beispieltrasse eine eigene Bewertung vorgenommen; das heißt eine Verkehrsprognose getroffen und die Umweltbeeinträchtigungen eingeschätzt. Dabei kam man für dieses Projekt zu dem Ergebnis, dass wir dort mit einem Verkehr von größer 60.000 Fahrzeugen pro Tag zu rechnen haben und dass die Umweltbeeinträchtigungen im mittleren Bereich lägen. Die Einschätzung war möglich zwischen geringen, mittleren und hohen Umweltbeeinträchtigungen. Hier ist der Bund zu dem Ergebnis gekommen, dass eine mittlere Beeinträchtigung vorliegt.

Diese Einschätzung hat dazu geführt, dass dieses Projekt für den 2. Dezember 2017 ins Fernstraßenausbaugesetz aufgenommen werden konnte, dessen Anlage der sogenannte Bedarfsplan ist. Diese herausragende Bewertung – über 60.000 Fahrzeuge/Tag – hat dazu geführt, dass dieses Projekt mit der Priorität „vordringlicher Bedarf“ eingestuft wurde. Das ist die höchste Priorität, die es gibt. Das

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	20

liegt daran, dass wir hier einen sehr, sehr hohen Nutzen-Kosten-Faktor haben, der bei über 15 liegt.

Wenn Sie in den Bedarfsplan oder in den Bundesverkehrswegeplan hineinschauen, sehen Sie, dass an dieser Stelle nur „größer 10“ steht. Man hat an dieser Stelle im Grunde abgeschnitten, um das Projekt nicht zu sehr gegenüber den allermeisten anderen Projekten herauszuheben.

Mit der Bedarfsplaneinstellung ist zugleich ein Planungsauftrag für das Land Nordrhein-Westfalen verbunden, und in diesem Zusammenhang auch für den Landesbetrieb Straßenbau, und zwar – so steht es im Bedarfsplan – für den Bau einer vierstreifigen Autobahn zwischen der A555 und der A59. Das ist das, was als gesetzt gilt. Wir können also keine Bundesstraße planen – ich versuche jetzt ein wenig, das aufzugreifen, von dem ich weiß, dass es in der Diskussion ist –, sondern nur eine Autobahn. Das ist damit fixiert.

Ansonsten gibt es darüber hinaus viele Dinge, die noch nicht fixiert sind. Dazu zählen zum Beispiel die Anknüpfungspunkte an die beiden Autobahnen, an die A555 und auch an die A59. Da sind wir noch variabel. Der Planungsraum wird eingegrenzt irgendwo zwischen der heutigen Anschlussstelle Köln-Godorf und der Anschlussstelle Köln-Wesseling und auf der A59 zwischen Lind und Spich. Das wäre ganz grob eine Eingrenzung der möglichen Anknüpfungspunkte an die bestehenden Autobahnen.

Dazwischen sind wir auch noch variabel, was die Trasse anbelangt, sowohl in der Lage als auch in der Höhe. Natürlich werden von unserer Seite auch Tunnelvarianten geprüft. Was darüber hinaus variabel ist, sind zum Beispiel die Verknüpfungspunkte mit dem nachgeordneten Netz. Wir haben zwar auch dort in der Beispieltrasse Annahmen getroffen; das heißt, wir haben eine linksrheinische Verknüpfung mit dem nachgeordneten Netz und eine rechtsrheinische Verknüpfung mit dem nachgeordneten Netz angenommen. Da sind wir aber noch variabel. Wie genau wir verfahren, werden der weitere Prozess und die weitere Planung noch erbringen.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	21

Was noch an Rahmenbedingungen hinzukommt – auch darauf möchte ich kurz eingehen – ist die Frage einer möglichen Schienenquerung. Uns ist bewusst, dass es vor Ort den ganz starken Wunsch nach einer Schienenquerung gibt, die räumlich genau in unserem Planungsraum liegt. Es ist absolut sinnvoll, diese beiden Projekte miteinander zu verknüpfen. Allerdings ist es so, dass wir das Ganze getrennt fahren müssen, selbst wenn wir es gemeinsam denken.

Wir als Landesbetrieb Straßenbau sind – das ist unsere Expertise – zuständig für den Bau der Autobahnen. Daneben gibt es andere Kollegen, die haben die Expertise für die Bahnquerung. Daher stehen wir in engem Kontakt mit dem NVR, damit diese Projekte, selbst wenn sie von unterschiedlichen Vorhabenträgern geplant werden, gemeinsam gedacht werden.

Hinzu kommt eine Sache, die man im Hinterkopf behalten muss. Wir haben eine etwas andere Ausgangslage im Bereich der Schiene. Da müssen die Voraussetzungen, so wie sie im Bereich der Straße schon vorhanden sind, erst noch geschaffen werden. Wir haben aktuell eine Schienenquerung im Bedarfsplan für die Schiene enthalten, allerdings noch nicht mit der Einstufung „vordringlicher Bedarf“, so wie bei der Straße, sondern derzeit noch mit der Einstufung „potenzieller Bedarf“.

Man hat also noch nicht untersucht, wie der Bedarf tatsächlich aussieht. Ob bei der Schienenquerung am Ende ein vordringlicher Bedarf herauskommt, ist noch offen; das muss noch untersucht werden. Parallel gibt es Bestrebungen, das Projekt „Schienenquerung“ auch im ÖPNV-Bedarfsplan des Landes zu verankern. Dieser Plan muss jedoch noch verabschiedet werden. Von daher haben wir eine etwas andere Ausgangslage, was die beiden Projekte angeht. Für mich ist jedoch klar, dass die beiden Projekte gemeinsam gedacht werden.

Wir haben es mit einem sehr herausforderndem Planungsumfeld zu tun. Auf der einen Seite gibt es viele Betroffenheiten im Zusammenhang mit diesem Projekt, was die Menschen angeht. Hier sind vier Städte betroffen, nämlich Stadtteile der Stadt Köln, der Stadt Niederkassel, der Stadt Wesseling und der Stadt Troisdorf. Parallel dazu gibt es Betroffenheiten im Bereich von Natur und Umwelt. Da haben wir es mit

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	22

einem FFH-Gebiet zu tun. Außerdem gibt es Naturschutzgebiete und ein Wasserschutzgebiet. Es handelt sich also um ökologisch sehr sensible Regionen.

Nunmehr geht es in diesem sehr herausforderndem Feld darum, eine Trasse zu finden, die die verkehrlichen Ansprüche erfüllt, parallel dazu aber möglichst geringe Ein- bzw. Auswirkungen auf Mensch und Natur hat.

Wir haben – damit komme ich zu den neuen Aspekten – erstmalig für den Landesbetrieb und für den Straßenbau ein ganz neues Beteiligungsformat, das wir für dieses Projekt auflegen wollen. Es handelt sich um einen komplett neuen Weg der Bürgerbeteiligung.

Zunächst wollen wir sehr, sehr frühzeitig in die Bürgerbeteiligung gehen. Das wird nicht so aussehen, wie Sie es vielleicht kennen, also erst dann, wenn wir schon weitgehend fertig sind mit der Planung. Vielmehr wollen wir die Bürger aktiv an der Planung beteiligen, und das zu einem Zeitpunkt, in dem noch ein echtes Mitmachen möglich ist und noch keine vollendeten Tatsachen vorliegen.

Die Bürgerbeteiligung soll am Bedarf orientiert sein; das heißt, wir wollen nicht von unserer Seite vorgeben, wie wir die Bürgerbeteiligung durchführen, sondern gemeinsam mit den Bürgern überlegen, wie denn das gewünschte Format der Bürgerbeteiligung aussehen soll. Da stehen ganz viele Möglichkeiten offen: Das können Werkstattverfahren sein, das kann über das Internet stattfinden, das kann auch vor Ort stattfinden. Da sind wir komplett offen. Das wird also der nächste Schritt sein, hierüber gemeinsam zu überlegen.

Zum Schluss soll es darum gehen, gemeinsam zu arbeiten und gemeinsam Trassenvarianten zu überlegen und Gutachterkriterien festzulegen. Hier ist also eine sehr umfangreiche Bürgerbeteiligung vorgesehen. Das alles geschieht in der Hoffnung, dass wir es auf diesem Wege schaffen, gemeinsam die beste Lösung zu finden, die am Ende verbunden ist mit möglichst geringen Belastungen für Mensch und Natur.

Der vorgesehene Beteiligungsprozess gliedert sich in drei Phasen:

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	23

Die erste Phase ist die Informationsphase. In der Informationsphase geht es darum, mit den Stakeholdern – neudeutsch für „Interessenvertreter“ oder „Vertreter von bestimmten Ansprüchen“ – zusammenzukommen, um das Signal zu setzen: Achtung, bei dem Projekt, über das bereits seit vielen Jahren, sogar seit Jahrzehnten, gesprochen wird, geht es jetzt wirklich los. – Außerdem geht es darum, die Diskussionen, die vor Ort stattfinden, kennenzulernen und diese in den weiteren Planungsprozess einbeziehen zu können.

Die Informationsgespräche finden zum Teil bilateral statt. Da spricht der Landesbetrieb mit einem konkreten Vertreter von Industrie, von Gewerkschaften, von wem auch immer. Diese Gespräche können auch in Gruppen stattfinden. Wir sprechen auch mit ganzen Akteursgruppen, beispielsweise Industrie, Gewerkschaften, Bürgervereine, Bürgerinitiativen. Wir haben auch schon mit Umweltvereinigungen gesprochen.

Diese Informationsgespräche laufen noch. Dazu gibt es auch noch keine Ergebnisse. Ich habe bereits versucht, es zu sagen: Es würde der Systematik des Herangehens an dieses Projekt widersprechen, wenn es dort schon Ergebnisse gäbe, weil wir in dieser Phase noch nicht zu Festlegungen kommen dürfen. Das sollte erst den weiteren Planungsphasen vorbehalten sein.

Die zweite Phase wird das sogenannte Beteiligungs-Scoping sein. Das ist die Phase, in der es darum geht, das Beteiligungsformate festzulegen. Das betrifft die Frage: Wie wollt ihr eigentlich beteiligt werden? Per Internet? Per Postwurfsendung? Per Newsletter? Per Veranstaltung vor Ort? – Das sind die Fragen, die geklärt werden müssen. Hier wollen wir gemeinsam einen Weg finden. Das Ganze soll im Sommer stattfinden, und zwar konkret zwischen Sommerferien und Herbstferien, damit alle die Möglichkeit haben, hierbei mitzumachen. Das Beteiligungs-Scoping wird also im September oder im Oktober stattfinden.

Selbstverständlich ist auch geplant, Sie und die Politik insgesamt in diesen Prozess einzubeziehen. Dazu schwebt uns als Landesbetrieb vor, dass wir eine Begleitgruppe einberufen, die regelmäßig tagen wird. Darüber wollen wir eine schriftliche Vorinformation gemeinsam mit einer Zusammenstellung aller

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	24

wesentlichen Informationen und einer Meldung zum Verfahrenstand in Richtung der Politik verschicken. Das soll in Kürze geschehen, auf jeden Fall vor dem Beteiligungs-Scoping, also voraussichtlich noch in den Sommerferien. Das Ganze passiert in Abstimmung mit unserem NRW-Verkehrsministerium. Sie werden also irgendwann im Rahmen der Sommerferien darüber informiert werden, wie es aussieht.

Wie Sie feststellen, sieht man nach außen hin noch recht wenig. Wir sind aber dennoch sehr fleißig. Lassen Sie mich kurz zusammenfassen, was derzeit alles passiert: Die Bürgerbeteiligung hatte ich gerade angesprochen. Wir befinden uns im Bereich der Informationsphase, wo wir gerade die letzten Informationsgespräche führen. Parallel dazu bereiten wir das Beteiligungs-Scoping vor. Wir wollen einen Newsletter auflegen; der wird gerade bearbeitet. Außerdem erstellen wir eine Internetseite.

Auch fachlich muss es weitergehen. Wir sind gerade dabei, eine große Verkehrsuntersuchung aufzulegen, die den kompletten Raum zwischen Köln und Bonn abdeckt. Parallel bereiten wir eine große Vergabe vor für die Straßenplanung und die Umweltverträglichkeitsstudie, die wir in diesem Bereich brauchen. Der frühe Zeitpunkt hängt damit zusammen, dass die Vergabephasen im Vorfeld sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Da es sich um EU-weite Vergaben handelt, reden wir von einem Vergabezeitraum von mehr als einem halben Jahr. So lange wird es dauern, bis wir Büros haben, die arbeitsfähig sind. Diese sollen aber dann parat stehen, wenn die echte Bürgerbeteiligung startet.

So viel zum aktuellen Stand. Für Fragen stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.  
– Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank, Herr Kolks. – Es gibt Wortmeldungen. Zunächst erhält Frau Donie für die CDU-Fraktion das Wort.



Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	25

**Frau Donie:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Kolks, für die umfangreichen Informationen, die Sie uns heute geben konnten. Es ist unumstritten, dass das Projekt im Bundesverkehrswegeplan 2030 eine wichtige Rolle einnimmt, sowohl für die Region als auch überregional. Es ist wichtig, dass Sie heute den Aspekt der Schienenquerung eingebracht haben. Der Fokus muss darauf liegen, Schiene, Stadtbahn und die Straße zusammenzubringen.

Ebenso wichtig ist das, was Sie für den Prozess beschrieben haben, nämlich dass die verschiedenen Stränge parallel laufen. Es sind noch viele Fragen offen, was die Trasse angeht, auch unter Berücksichtigung des nachgeordneten Straßenverkehrsnetzes. Das betrifft nicht nur den Raum Bonn/Köln, sondern das geht noch viel weiter, bis in die Verzweigungen, auch was Schiene, Stadtbahn und die Straßen betrifft.

Eine Überlegung geht noch dahin, dass man nicht nur neue Wege bei der Beteiligung mit Bürgerinnen und Bürger findet, sondern vielleicht auch mit einer Planungsgesellschaft zusammenarbeitet. Es geht um neue Wege, um das Gesamtkonzept zusammen auf den Weg zu bringen. Ein wichtiger Punkt ist, dass man das Ganze im ÖPNV-Bedarfsplan entsprechend gesetzt bekommt.

Sie haben vorhin von der Beteiligung des politischen Raums gesprochen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie noch etwas detaillierter mitteilen könnten, wo und wie der politische Raum einbezogen wird. Es geht darum, dass man in der ganzen Region, im gesamten Regierungsbezirk, die Kommunikation nach unten weiterverfolgen kann. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. – Als Nächster erhält das Wort Herr Frenzel für die SPD-Fraktion.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	26

**Herr Frenzel:**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich den Worten meiner Vorrednerin gerne anschließen. Darüber hinaus will ich darauf hinweisen, dass die Schienenverbindung, die derzeit eher so mitläuft, aus ökologischen, aber auch aus verkehrstechnischen Gründen heraus für die Gesamtregion vielleicht sogar noch bedeutsamer ist.

Im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum in unserer Region ist klar, dass die geplante Querverbindung das Autobahnnetz an einigen Teilen sicher entlasten wird. Der Quell- und Zielverkehr kommt aber nicht von den Autobahnen, sondern der fließt aus den Städten in der Region zu den Arbeitsplätzen und zurück. Insofern ist es wichtig, dass möglichst viel von dem zusätzlichen Verkehr, der durch das Bevölkerungswachstum zu erwarten ist, auf die umweltfreundlichen Verkehrsmittel gelenkt wird, insbesondere auf die Schiene.

Daher bitte ich darum, das Thema „Schiene“, ohne dass wir dazu extra eine Resolution verabschieden müssten, auf keinen Fall zu vernachlässigen – ich habe das übrigens auch nicht so verstanden, Herr Kolks –; das ist sehr wichtig für die beteiligten Kommunen.

Sie haben ausgeführt, dass die vier Städte bzw. die vier Gebietskörperschaften politisch beteiligt werden sollen. Meine Frage an Sie lautet, ob denn auch vorgesehen ist, dass der Regionalrat als politisches Gremium – das Projekt ist ja für die gesamte Region von Bedeutung –in irgendeiner Form politisch mit eingebunden wird.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Herr Waddey.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	27

**Herr Waddey:**

In Ergänzung zu den Fragen meiner Vorrednerin und meiner Vorredner möchte ich wissen: Enthält die von Ihnen angekündigte Verkehrsuntersuchung, die beauftragt werden soll, explizit auch die Betrachtung der Eisenbahnverkehre? Das hielte ich für außerordentlich wichtig, auch wenn Sie als Landesbetrieb der Auftraggeber sind. Gegebenenfalls muss man noch den NVR mit ins Boot nehmen. Würden wir das nicht von vornherein berücksichtigen, bedeutete das schon einen wesentlichen Mangel bei den Planungsgrundlagen.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion erhält nun Herr Müller das Wort.

**Herr Müller:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Es handelt sich um ein wesentliches und wichtiges Projekt; Herr Kolks hat deutlich hervorgehoben, worum es hier geht. Wer von Ihnen weiß, wie schwierig allein schon der Straßenbau ist, wird ermessen können, welche Bedeutung es hätte, wenn der Bau einer Gemeinschaftsbrücke zusammen mit der Eisenbahn gelänge. Es wäre für Deutschland eine revolutionäre Angelegenheit, sollte dies planerisch, gestalterisch und in der Umsetzung funktionieren. Es ist die Sache jedenfalls wert, mit allen Mitteln zu versuchen, das Ganze hinzubekommen.

Wir haben hier zwei Engpässe, und es wäre sehr gut, wenn wir hierfür eine gemeinsame Lösung finden könnten. Das sollten wir uns nicht entgehen lassen. Ich hatte eigentlich erwartet, dass noch der Vorschlag kommen würde, auch noch Radwege dranzuhängen, so wie bei der Leverkusener Brücke. Ich bin aber froh, dass man das Projekt nicht noch weiter befrachtet.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. – Als Nächster hat Herr Dr. Weltrich für die Handwerkskammer das Wort.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	28

**Herr Dr. Weltrich:**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen von den Verkehrsentwicklungen, dass das Straßennetz auch in Zukunft noch stärker belastet werden wird. Wie werden denn die Anschlussautobahnen A555 und A59 ausgebaut? Wenn die Brücke vierspurig werden soll, wird man doch noch einiges unternehmen müssen.

Außerdem wäre eine realistische Prognose interessant, wann denn die Brücke fertig sein wird. Ich weiß, das ist gewagt; aber vielleicht können Sie diesem Gremium dennoch einen Zeitraum nennen, mit dem Sie vorsichtig kalkulieren. Vielen Dank.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Das waren so weit die Wortmeldungen. Herr Kolks, da ist einiges an Fragen zusammengekommen. Die Frage nach der Fertigstellung interessiert natürlich alle brennend. Es würde mich aber wundern, wenn Sie hier schon ein konkretes Datum nennen könnten.

**Herr Kolks:**

Ich komme zunächst zur Frage nach der Realisierung. Natürlich ist es unmöglich, heute ein genaues Fertigstellungsdatum zu bestimmen. Man muss ganz klar sagen: Unser Ziel ist es, das Projekt bis 2030 zu realisieren. Das kann ich heute sagen. Wir arbeiten daran. Natürlich werden wir versuchen, schneller fertig zu werden; aber ich möchte heute lieber noch nicht versprechen, dass dies gelingen wird. Wir wollen ja die beschriebenen neuen Wege der Bürgerbeteiligung gehen, und da wissen wir noch nicht genau, wie sich das auf der Zeitachse auswirken wird.

Dann hatten Sie nach den Autobahnen gefragt, von denen der Verkehr auf die Autobahnspange mündet. Wir sind dabei, auch vonseiten der Regionalniederlassung Rhein-Berg – also in meinem Bereich – forciert den Ausbau der A59 zu planen. Da befinden wir uns in ganz unterschiedlichen Planungsständen; teilweise schon im Planfeststellungsverfahren, teilweise noch in der Vorplanung. Wir hoffen, dass wir die A59 planerisch schneller bewältigt haben werden als die neue Rheinquerung.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	29

Bei der A555 sieht es so aus, dass der Ausbau weder im alten Bedarfsplan enthalten war noch im neuen Bedarfsplan enthalten ist. Da haben wir im Moment also keine Grundlage, die A555 auszubauen. Was wir tun werden – das ist auch Gegenstand des Bedarfsplans –, ist der Ausbau des Autobahnkreuzes Köln-Süd und der achtstreifige Ausbau der A4 zwischen Köln-Süd und Köln-Gremberg.

Um es noch einmal in diesen Zusammenhang zu stellen: Wir werden drei Querspangen in diesem Raum haben, also drei Verbindungen über den Rhein: erstens die A565 in Bonn, die Friedrich-Ebert-Brücke, die laut Bedarfsplan um einen Fahrstreifen je Richtung erweitert wird; zweitens die Querung in Rodenkirchen, die achtstreifig ausgebaut wird, und drittens die Rheinquerung bei Wesseling.

Dann habe ich mir noch notiert – das war, glaube ich, Konsens –, dass es wichtig ist, eine Schienenverbindung in diesem Raum vorzusehen. Sehen Sie es mir nach, aber ich möchte von meiner Seite aus nicht gewichten, welches Projekt wichtiger ist. Meiner Ansicht nach hat das Bundesverkehrsministerium schon in gewisser Weise eine Priorisierung für die Straße vorgenommen, indem es gesagt hat: Wir erwarten über 60.000 Fahrzeuge in 24 Stunden und haben ein herausragendes Nutzen-Kosten-Verhältnis. Da ist der Nutzen der Straße definitiv belegt. Ob er nun größer ist als der für die Schiene, das kann und will ich nicht beurteilen. Die Projekte werden jedenfalls gemeinsam gedacht. Das ist klar.

Zum Thema „Verkehrsuntersuchung“. Das wird im Grunde eine komplett neue Verkehrsuntersuchung, die nicht auf dem aufbaut, was der Bund bisher gemacht hat. Die 60.000 Fahrzeuge, auf die der Bund in seiner Annahme gekommen ist, legen wir sozusagen erst mal beiseite und machen eine eigene Verkehrsuntersuchung, die die lokalen Rahmenbedingungen mit einspeist. Darin finden sich Aussagen zum Straßenverkehr, darin werden aber auch Aussagen zum Bedürfnis nach einer Radverkehrsverbindung enthalten sein.

Wir können in den Untersuchungen nicht die Detaillierung vorhalten, die von Ihnen im Hinblick auf die Schiene nachgefragt wurde. Dafür muss der NVR sorgen. Das kann nicht alles über unsere Untersuchungen laufen.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	30

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Jetzt ist noch eine Frage offen, die von mehreren gestellt wurde, nämlich in welcher Form eine Beteiligung des Regionalrats vorgesehen ist.

**Herr Kolks:**

Im Moment gibt es nur die Absicht, die Politik auf jeden Fall mit einzubinden. Wir sind in enger Abstimmung mit dem Verkehrsministerium darüber, wie das genau stattfinden soll. Klar ist, dass wir das Begleitgremium einrichten wollen. Noch nicht klar ist, wer genau darin sitzen soll. Da sind wir noch für Wünsche offen.

So, wie ich heute hier bin, um Sie zu informieren, so kann ich Ihnen jedenfalls zusagen: Wenn von Ihrer Seite der Wunsch besteht, dass das so auch in Zukunft geschieht, dann bin ich dafür gerne offen.

Parallel zu diesem Informationsschreiben – das hatte ich schon angedeutet – wollen wir insgesamt breiter informieren, und zwar über unseren Internetauftritt, über unseren Newsletter usw. Da wird ohnehin schon die Möglichkeit bestehen, sich direkt über diese Medien zum Sachstand zu informieren. Darüber hinaus kann ich verstehen, dass ein großes Interesse an Information besteht. Sofern von Ihrer Seite der Wunsch besteht, werden wir dem gerne nachkommen.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Herr Kolks, wir müssen hier keinen formellen Beschluss fassen. Wahrscheinlich wären Sie auch der falsche Adressat. Aber vielleicht beziehen Sie in Ihre Überlegungen mit ein, dass aus dem Regionalrat durchaus der dringende Wunsch besteht – und zwar übergreifend –, beteiligt zu werden. Das ist nicht im Sinne von „Wir wollen auch etwas wissen“ gemeint, sondern wir sehen dieses Projekt – das habe ich schon in der Einleitung gesagt – als eines der zentralen Projekte im Straßenbau, wahrscheinlich sogar als das zentrale Projekt für die Region an.

Sie haben hier jedenfalls unsere volle Unterstützung. Das Ganze ist ja nicht ohne Grund damals im Bundesverkehrswegeplan von uns parteiübergreifend angeregt worden. Da beziehe ich ausdrücklich auch die GRÜNEN mit ein, die damals

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	31

ebenfalls zugestimmt haben. Wir haben erkannt, dass das für die Region ein ganz wichtiges Projekt ist, vergleichbar sicher dem Bahnknoten Köln für den Schienenverkehr.

Es kann nicht sein – und da will ich dem ehemaligen Verkehrsminister zustimmen, mit dem wir gelegentlich durchaus kontrovers diskutiert haben –, dass zum Beispiel noch über eine Nullvariante diskutiert wird. Wir haben uns eindeutig positioniert; auch der Bundesgesetzgeber hat sich positioniert. Dann sollte man von vornherein klarstellen, dass sich diese Frage gar nicht mehr stellt – sie ist von den dafür Zuständigen politisch entschieden. Das wird auch von der Region getragen.

Wir haben wirklich ein überragendes Interesse an dem Projekt. Es ist richtig, die Kommunen und die örtlich Betroffenen einzubeziehen. Da kann es nur noch um die Frage gehen, ob es irgendwo rechts herum oder links herum geht. Für die Grundsatzentscheidung haben Sie hier eine starke Rückendeckung. Ich kann mir vorstellen, dass es dem Prozess sowie Ihren Planungen und dem politischen Fortschritt der Planung guttun würde, wenn Sie das Gremium mit einbeziehen.

(Beifall)

Wir warten jetzt erst einmal ab. Ich bin optimistisch, dass es gelingen wird. Die Meinung ist hier, so glaube ich, klar.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Herr Waddey für die GRÜNEN, bitte.

**Herr Waddey:**

Ich habe noch eine Nachfrage zu der Verkehrsuntersuchung. Sie als Landesbetrieb können von Ihrer Aufgabenstellung her erst mal nur Straßenverkehre untersuchen lassen. Wenn man aber die Verkehrsverhältnisse in einer Region oder Teilregion wirklich vernünftig betrachten will, dann muss man alle Verkehre betrachten. Von daher bitte ich, zu überlegen, ob es nicht möglich ist, den Eisenbahnverkehr von vornherein – am besten über Beteiligung des NVR – in die Untersuchung einzubeziehen.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	32

Wenn das Ganze getrennt beauftragt und von unterschiedlichen Gutachtern betrachtet wird, die möglicherweise mit unterschiedlichen Grundlagen arbeiten, dann passt es hinterher vielleicht nicht zusammen. Von daher meine ich, dass man schon ganzheitlich an die Sache herangehen sollte.

Noch eine kurze Bemerkung zum Stichwort „Nullvariante“: Ausgangspunkt einer jeden seriösen Planung ist die Nullvariante. Man fragt sich: Was passiert, wenn wir nichts tun?

Das muss man erarbeiten und daraufhin erst Varianten in Betracht ziehen, die eben keine Nullvariante sind. Dann kann man sehen, was am Ende das Beste ist.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Als Nächster spricht Herr Neitzke für die SPD-Fraktion.

**Herr Neitzke:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Das kann ich natürlich nicht so stehenlassen. Ich kann mich voll und ganz dem anschließen, was Sie gerade gesagt haben, Herr Vorsitzender. Wir haben eine klare Beschlusslage, und es ist auch der Willen der Region, dass wir die Autobahnüberquerung über den Rhein in diesem Bereich wollen, ob links oder rechts oder wie auch immer. Vom Grundsatz her ist es jedenfalls richtig, was Sie sagen.

Deshalb, Herr Deppe, wäre es meiner Meinung nach ganz gut, wenn wir heute einen klaren Beschluss fassen dahin gehend, dass das Ganze an die zuständigen Stellen weitergegeben wird, gerade unter Berücksichtigung dessen, dass der Bund beschlossen hat, eine eigene Bundesautobahngesellschaft zu gründen. Für das Schienennetz ist der Bund zuständig, sodass wir nicht nur die Geschäftsstelle in Gelsenkirchen noch einmal davon in Kenntnis setzen, sondern auch das Bundesverkehrsministerium, wenn es zu einem Übergang hinsichtlich der Kompetenzen und Zuständigkeiten kommt, was unser Wille ist. Sie haben es gesagt: Dieses Projekt ist eines der wichtigsten für den Regierungsbezirk Köln.



Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	33

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank, Herr Neitzke. Ich würde nicht empfehlen, heute einen Beschluss darüber zu fassen. Aus Ihrer Wortmeldung konnte man ein paar Unschärfen herausnehmen. Das sollten wir zunächst untereinander besprechen und später ganz gezielt einen Beschluss fassen. Sie haben noch weitere Aspekte angesprochen. Es würde jetzt aber zu weit führen, wollten wir das auch noch ausführen. Falls der Wunsch besteht, machen wir das bei einer der nächsten Sitzungen.

**Herr Neitzke:**

Vielleicht können wir heute so weit beschließen, dass wir es in die nächste Verkehrskommission hineinnehmen können? Dann können wir das Ganze in Ruhe zielorientiert besprechen!

– Das können wir machen. – Nächster Redner ist Herr Beu von den GRÜNEN.

**Herr Beu:**

Man kann dieses Thema im Grunde – das hat gerade auch Herr Waddey geflüstert – zu einem Standardtagesordnungspunkt machen. Das wird – da sind wir uns sicher einig – ein Projekt sein, das uns noch viele Jahre lang begleiten wird. Deshalb fände ich es unseriös, wollten wir heute schon ein Enddatum für die Eröffnung hören. Das kann niemand wirklich vorhersehen.

Wichtig ist – damit komme ich auf Sie, Herr Neitzke, und auf Sie, Herr Deppe, zurück –, dass jedwede Planung als Grundlage immer den Status null hat, um von dort aus zu schauen, welche Verbesserungen nach welchen Variablen machbar sind. Wenn es keine Verbesserungsmöglichkeiten gäbe, würde es auch keine Planung geben. Das ist Grundsatz jedweden Planverfahrens.

Ich war mit vielen Vertretern aus diesem Gremium im letzten Jahr auf der Schiffstour, wo eine Veranstaltung zum selben Thema stattfand. Dazu hatte Evonik eingeladen. Von den damals anwesenden Vertretern sowohl der Industrie als auch von Politik und Verwaltung bestand der Wunsch nach einer Kombibrücke. Das müsste ja noch

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	34

nicht mal ein einziges Bauwerk sein, wo sozusagen alles übereinandergestapelt wird. Zumindest aber die Straße und die Schiene sollten gleichrangig gesehen werden. Das haben Sie, Herr Kolks, aus den Redebeiträgen aller Vertreter entnommen.

Daran will ich noch einmal anschließen. Es ist ja nicht so, dass es unbedingt eine Bundeseisenbahnbrücke sein müsste. Wenn über die Brücke nur die HGK laufen müsste und vielleicht ein Stadtbahnsystem, dann wäre die Frage der Eigentümerschaft bei der HGK, und dann wäre das Land die oberste Ebene. Das ist ein kompliziertes Verfahren; das betrifft im Straßenbereich ein Bundesprojekt und bei der Schiene ein Landesprojekt. Es gilt jetzt, auf der ersten Stufe die unterschiedlichen Planungen miteinander zu verzahnen und zu verkoppeln. Da macht es doch keinen Sinn, wenn jeder eine Planung für sich macht, und das am Ende nicht zusammenpasst.

Der NVR, der federführend für die Region zuständig ist, hat finanzielle Mittel, auf die er zurückgreifen kann, um ein Teil eines Gutachtens erstellen zu lassen. Das muss allerdings abgestimmt werden. Dass es vernünftig ist, ein Gutachten über zwei Auftraggeber zu erwirken, ergibt sich von selbst.

Ich habe noch eine kleine Detailfrage. Ich habe den Einladungsverteiler zur ersten Veranstaltung gesehen, zu der noch Herr Groschek eingeladen hatte. In der Einladung waren vonseiten der entsprechenden Gebietskörperschaften sowohl die Hauptverwaltungsbeamtin der Stadt Köln als auch die Vertreter des Rhein-Erft-Kreises und des Rhein-Sieg-Kreises enthalten, aber nicht die der Stadt Bonn. Da es sich aber um eine Querung handelt, die zwischen der Rodenkirchener Brücke und der Friedrich-Ebert-Brücke liegen wird, möchte ich doch zu Protokoll geben, dass zukünftig, zumindest wenn es um die Hauptverwaltungsbeamten geht, die Einladung an beide großen Kreise und an die beiden Städte gehen sollte. – Vielen Dank.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Danke schön, Herr Beu. – Jetzt erteile ich Herrn Fabian für die CDU-Fraktion das Wort.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	35

**Herr Fabian:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch einmal deutlich machen, dass es eine Nullvariante hier nicht geben kann. Ich erinnere mich sehr gut an die Regionalratssitzung – ich glaube, es war die letzte –, in der das Beteiligungsverfahren vorgestellt wurde. Da stand ein ganz dicker Satz: Es geht nicht nur um das Ob, sondern um das Wie.

Das ist für die CDU-Fraktion ganz wichtig. Selbstverständlich muss man darauf achten, dass man die Bahn in den Planungen mitnimmt. Das muss in Abstimmung mit dem NVR geschehen. Wir haben Verständnis, dass Straßen.NRW nicht für die Bahn planen kann. Das Ganze muss dennoch in Kooperation ablaufen, und hier ist der NVR zuständig. Wenn der entsprechende Wille vorhanden ist, wird das auch gelingen.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann noch einmal herzlichen Dank für Ihren Bericht, Herr Kolks.

(Beifall)

Das Thema wird uns weiter beschäftigen. Wir hoffen auf guten Fortschritt.

**TOP 9**

**Überarbeitung des Regionalplans Köln Mündlicher Sachstandsbericht**

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Wir kommen somit zu TOP 9. Herr Schlaeger wird uns einen mündlichen Sachstandsbericht geben. Bitte schön, Herr Schlaeger, Sie haben das Wort.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	36

**Herr Schlaeger:**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ein kurzer Sachstand zur Bearbeitung des Regionalplans: Wir stehen nach wie vor in der Phase der informellen Abstimmung und Bestandsaufnahme mit den Kommunen. Aktuell befinden wir uns mit der Region Köln/Bonn auf der Zielgeraden. Wir sehen also Licht am Ende des Tunnels.

Wir haben alle Kreise der Region Köln/Bonn mit den Kommunen besprochen. Das bedeutet, wir sind durch mit dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Bergischen Kreis, dem Rhein-Erft-Kreis und seit letzter Woche auch mit dem Rhein-Sieg-Kreis. Wir haben auch schon einige gute Gespräche mit der Stadt Köln geführt. In der kommenden Woche sind noch Leverkusen und Bonn an der Reihe, sodass wir vor den Sommerferien mit der Region Köln/Bonn durch sein werden.

Wir haben parallel dazu bereits damit begonnen, die Städtereion Aachen vorzubereiten. Da haben die Kommunen mit ein wenig Vorlauf, um gewisse Zeitfenster vor der Sommerpause einzuräumen, bereits Unterlagen erhalten. Das betrifft zunächst die Kommunen der Kreise Düren und Euskirchen, die direkt nach der Sommerpause an der Reihe sind.

Nach den Herbstferien werden wir mit dem Kreis Heinsberg beginnen. Schließlich werden wir ab Anfang Dezember die Städtereion Aachen bearbeiten. Dann sollten wir ca. Anfang bis Mitte Januar 2018 mit den Kommunalgesprächen durch sein.

Parallel sind wir dabei, die Ergebnisse aus den bereits durchgeführten Gesprächen intensiv auszuwerten, auch in Rückkoppelung mit den Kommunen zu bestimmten offenen Punkten. Nach den Sommerferien werden wir in der Lage sein, den Regionalrat sukzessive über die Erkenntnisse aus diesen Gesprächen zu informieren, insbesondere über die Analyse aus den Betrachtungen der planerischen Entwicklungspotenziale auf Regional- und Bauleitplanebene.

Wir werden auch die Kommunen – beginnend mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis – parallel über unsere Ergebnisse und die Auswertungen informieren. Für den 21. September 2017 haben wir eine Sitzung für die dafür eingerichtete Arbeitsgruppe

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	37

terminiert. Dort ist vorgesehen, ausführlich über die Erkenntnisse zu informieren, zunächst für den ersten Kreis, also den Rheinisch-Bergischen Kreis.

Nachfolgend werden wir für die Plenarsitzung am 29. September 2017 etwas vorbereiten, auch in Bezug auf den Rheinisch-Bergischen Kreis und die weitere Vorgehensweise. Die grundsätzliche Zielrichtung, die wir verfolgen, sieht so aus, dass wir sukzessive die Kreise nacheinander über die Ergebnisse der Kommunalgespräche informieren, sodass wir mit Abschluss der Kommunalgespräche und der nachfolgenden Auswertungen etwa Mitte nächsten Jahres in der Lage sein sollten, eine Art Basis für die Planungen zu ziehen.

Das beinhaltet die Auswertung der Flächenbetrachtungen und der Bedarfsituation. Hier wollen wir im nächsten Jahr den ersten Meilenstein setzen, um so eine Ausgangsbasis zu haben für die eigentliche Planung, wozu auch der Prozess „Region plus“ gehört, also die Verteilung von Bedarfen, die möglicherweise nicht in bestimmten Regionen verortbar sind.

So weit zum aktuellen Prozess.

Abschließend noch eine kurze Information im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Regierungsbezirk Düsseldorf. Dort waren wir Ende Mai dieses Jahres im Planungsausschuss des Regionalrats und haben unseren Prozess in den Einzelheiten vorgestellt. Das wurde sehr interessiert und positiv aufgenommen. Wir haben eine Menge Fragen beantwortet und außerdem die Bitte mitgenommen, dass wir ausführlich informieren und engen Kontakt halten sollten. Das werden wir im weiteren Prozess im Blick behalten.

(Beifall)

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Herzlichen Dank. – Gibt es dazu Nachfragen oder Bemerkungen? – Das ist nicht der Fall. Das ist auch mal schön.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	38

## **TOP 9a)**

### **Freistellung von Bahnbetriebsflächen**

#### **Öffentliche Bekanntmachung des Eisenbahnbundesamtes, Außenstelle Köln, gem. § 23 Abs. 2 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes - Einstellung von Bahn-betriebszwecken betreffend Flurstücke in Düren -**

Drucksachen Nr.: RR 51/2017

in Verbindung mit:

## **TOP 12**

### **Mitteilungen**

#### **a) der Bezirksregierung**

##### **bb) Freistellung von Bahnbetriebsflächen und Regionalplanung**

Drucksache Nr.: RR 47/2017

#### **Vorsitzender Herr Deppe:**

Da wir jetzt zwei Themen gemeinsam besprechen, möchte ich direkt den Tagesordnungspunkt 12 a) bb) mit aufrufen.

Wir hatten uns schon zweimal mit dem Thema beschäftigt, wie der Regionalrat grundsätzlich beteiligt wird bzw. wie sich die Regionalplanung überhaupt an der Entwidmung von Eisenbahngrundstücken beteiligt. Hierzu liegt jetzt die Drucksache RR 47/2017 vor.

Inzwischen hat der Ältestenrat getagt und sich auf eine Lösung verständigt. Diese Lösung wollen wir jetzt einmal ausprobieren. Ich möchte sie Ihnen kurz vortragen.

Die Geschäftsstelle wird in Zukunft die Fraktionsgeschäftsführungen über laufende Freistellungsverfahren und das Ergebnis der Prüfung, ob landesplanerische Bedenken erhoben werden sollen, informieren, sodass zumindest die Information schon einmal gewährleistet ist. Wenn dann aus den Fraktionen keine Einwendungen

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	39

gegen die landesplanerische Stellungnahme erhoben werden, dann wird dies in der folgenden Sitzung des Regionalrats unter dem Punkt „Mitteilungen“ allen mitgeteilt.

Wenn aus dem Kreis der Fraktionen oder auch nur von einer Fraktion Einwendungen erhoben werden, dann wird eine Entscheidung hier im Regionalrat herbeigeführt. Nun kann es auch Fälle geben, die dringlich sind, und bei denen unter Umständen eine vorgegebene Beteiligungsfrist abläuft. Dann soll eine Dringlichkeitsentscheidung getroffen werden. Wie wir dann vorgehen, müssen wir am Einzelfall ausprobieren.

Dieses Verfahren ist aber schon eine deutliche Veränderung und bedeutet einen großen Fortschritt; denn bisher sind die Dinge, wenn es keine größeren Angelegenheiten betraf, nicht nur an uns im Regionalrat, sondern auch an der Behörde vorbeigelaufen. In der letzten Sitzung hatten wir am Beispiel Aachen festgestellt, dass es durchaus eine Relevanz hat, wenn Grundstücke, die nahe an den jetzigen Bahngleisen liegen, verkauft werden, und es hieß: Aktuell brauchen wir sie nicht, aber in Zukunft werden sie uns fehlen.

Wir haben also in der Grundsatzfrage einen Weg gefunden. Den werden wir jetzt ausprobieren. Im konkreten Fall für Düren liegt ein Beschlussvorschlag vor. Ich eröffne zu beiden Punkten die Aussprache.

Das Wort hat zunächst Herr Neitzke für die SPD-Fraktion.

**Herr Neitzke:**

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion kann ich erklären, dass wir mit dem Verfahren, das Sie gerade vorgeschlagen haben, einverstanden sind. Das ist ein vernünftiger und gangbarer Weg. Hinsichtlich einer Dringlichkeit werden sicher auch einen gangbaren Weg finden. Bislang haben wir immer ein Weg gefunden, wie man so etwas praktikabel auch kurzfristig und zielorientiert in der Sache umsetzen kann.

Im Falle des TOP 9a) bin ich folgender Ansicht: Wenn wir das dritte Gleis zwischen Köln und Aachen sichern wollen, dann dürfen die Grundstücke 136 und 169 nicht bebaut werden. Das ist der gemeinsame Wunsch. Wir haben auch schon an anderer

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	40

Stelle gesagt, dass das im Hinterkopf behalten werden soll. Daher stimmen wir dem Beschlussvorschlag zu.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Danke schön. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Jansen gemeldet.

**Herr Jansen:**

ich stimme meinem Vorredner und dem Beschlussvorschlag zu.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Das ist schon mal sehr gut. – Dann Herr Beu für die GRÜNEN.

**Herr Beu:**

Um noch kürzer zu antworten: Dito.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Herr Müller für die FDP-Fraktion.

**Herr Müller:**

Wir schließen uns natürlich an, bei so viel Einigkeit.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Herr Singer schließt sich auch ohne Wortmeldung an. Sehr schön. Vielen Dank.

Ich habe noch eine Bitte bzw. Frage an die Geschäftsstelle. Wenn nun die Stellungnahme so abgegeben worden ist, kann man dann auch den NVR beteiligen? Der ist ja sozusagen unsere Facheinrichtung, zumindest was den Nahverkehr angeht. Da müssen wir zwecks Informationsaustauschs nur einmal über die Straße laufen. Wenn es bei einem Fall zu einer Dringlichkeitsentscheidung kommen sollte, würden wir sowieso fragen: Was sagt der NVR dazu? Vielleicht kann man das noch in die Organisation einbeziehen, dass man sich mit dem NVR kurz rückkoppelt.

Ich sehe ein Nicken. Dann ist das gewährleistet.



Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	41

Ich rufe jetzt den Beschlussvorschlag auf.

**Beschluss:**

Der Regionalrat schließt sich der Stellungnahme der Regionalplanungsbehörde an.

- einstimmig -

**TOP 10**

**Anträge**

- keine -

**TOP 11**

**Anfragen**

- a) **Anfrage der CDU Fraktion aus der VK  
Standortsuche für den Bau einer Tank-/Rast-  
/PWC-Anlage an der A 1- Leverkusener  
Stadtgebiet - (Bürgerbusch oder Steinbüchel)**

Drucksache Nr.: RR 45/2017 (TV)

- b) **Anfrage der GRÜNEN-Fraktion  
Gewerbegebiet in der Sülzaue bei Untereschbach**

Drucksache Nr.: RR 49/2017 (TV)

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	42

**c) Anfrage der FDP-Fraktion  
Erweiterung der Rast- und Parkflächen im Bereich der  
bedeutsamen Bundesautobahnen**

Drucksache Nr.: RR 52/2017

(TV)

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Die **Anfrage a) der CDU-Fraktion** und die **Anfrage c) der FDP-Fraktion** haben vom Grundsatz her den gleichen Sachverhalt. Es geht um die Lkw-Standplätze in der Region. Diese Fragen können heute noch nicht beantwortet werden. Die Fragesteller sind einverstanden, dass wir darüber sprechen, sobald die Antwort vorliegt. Das ist hoffentlich in der nächsten Sitzung der Fall, in der Verkehrskommission. Ich will hoffen, dass wir es bis dahin schaffen, aber das liegt ja nicht hier am Haus. Ansonsten werden wir diesen Punkt in der nächsten Regionalratssitzung wieder auf die Tagesordnung setzen. Sind Sie einverstanden? – Das ist der Fall. Dann könnten wir die beiden Anfragen für heute als erledigt betrachten.

**Anfrage b)**

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Zur Anfrage b) liegt eine schriftliche Antwort vor. Herr Beu hat sich dazu gemeldet. Bitte.

**Herr Beu:**

Herr Vorsitzender, wir bedanken uns herzlich für die informative Antwort.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. Dann ist auch das erledigt.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	43

## TOP 12

### Mitteilungen

#### a) der Bezirksregierung

aa) **Raumordnungsverfahren für die Gasfernleitung ZEELINK 1 der Open Grid Europe GmbH** Drucksache Nr.: RR 46/2017

bb) **Freistellung von Bahnbetriebsflächen und Regionalplanung**

Drucksache Nr.: RR 47/2017

#### b) des Vorsitzenden

##### Vorsitzender Herr Deppe:

Zunächst trägt Herr Hundenborn vor.

##### Herr Hundenborn:

Die Mitteilung liegt Ihnen schriftlich vor. Ich möchte noch einmal kurz zusammenfassen: Sie hatten in der letzten Sitzung eine Resolution zur ZEELINK-Leitung gefasst. Wir haben daraufhin das Gespräch mit Open Grid gesucht. Hier im Hause hat dazu am 29. Mai 2017 ein Termin stattgefunden. Bei diesem Termin hat Open Grid zugesagt, dass sie mit der Variante Aachen in das Planfeststellungsverfahren gehen und entsprechende Antragsunterlagen hier im Hause einreichen wollen. Das wird zum Herbst dieses Jahres der Fall sein.

##### Vorsitzender Herr Deppe:

Vielen Dank. – Die nächste Mitteilung zu den beiden Betriebsflächen haben wir schon behandelt. Weitere Mitteilungen der Bezirksregierung liegen nicht vor.

##### Vorsitzender Herr Deppe:

Wir kommen zu den Mitteilungen des Vorsitzenden. Zunächst einmal möchte ich mitteilen, dass die Geschäftsführerin der CDU-Fraktion Miriam Teschner heißt. Frau Teschner, herzlichen Glückwunsch von uns allen zur Eheschließung.

Stand: 26.09.2017

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	44

(Beifall)

Dann darf ich mitteilen, dass der Landesbetrieb der Stadt Niederkassel mitgeteilt hat, dass er die Unterlagen des Deckblattverfahrens II – hier geht es um L 269N – zur Fortführung des Planfeststellungsverfahrens an die Bezirksregierung weitergeleitet hat. Wenn es dazu vonseiten der Bezirksregierung Auskünfte gibt, dann würden wir diese jetzt gerne hören. Herr Henze kann sie geben.

**Herr Henze:**

Das mache ich gerne, Herr Vorsitzender. Der aktuelle Sachstand in dem Planfeststellungsverfahren ist der Folgende: Am 4. Juli dieses Jahres hat der Landesbetrieb Straßenbau die sogenannte Synopse vorgelegt. Das sind die Gegenäußerungen zu den eingegangenen Einwendungen und Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange. Diese werden ausgewertet. Sollte es so sein, dass die Gegenäußerungen für ausreichend erachtet werden, wonach es im Moment aussieht, wird der Planfeststellungsbeschluss getroffen werden.

Wir haben aktuell geplant, dessen Veröffentlichung für den Zeitraum zwischen den Sommer- und den Herbstferien 2017 vorzusehen.

**Vorsitzender Herr Deppe:**

Vielen Dank. Das ist eine präzise Aussage.

Dann darf ich Ihnen mitteilen, dass bei der FDP-Fraktion Herr Westerschulze neuer Fraktionsgeschäftsführer ist. Er löst Herrn Freynick ab, dem ich bereits aus gegebenem Anlass gratuliert habe. Herr Westerschulze, herzlichen Glückwunsch auch zu Ihrer Aufgabe. Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Abschließend darf ich Ihnen noch mitteilen, dass wir uns auf zwei Terminänderungen verständigt haben. Die nächste Ältestenratssitzung wird am 22. September 2017 stattfinden. Einen Tag vorher, also am 21. September 2017, wird die Arbeitsgruppe Regionalplanüberarbeitung tagen. Beide Termine finden hier im Hause statt.

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	45

Das war die Tagesordnung der heutigen Sitzung. Ich bedanke mich für die Vorbereitung und für die Vorträge. Ich wünsche Ihnen ein angenehmes Wochenende und eine schöne Sommerpause.

gez. Rainer Deppe

(Vorsitzender des Regionalrates Köln)

gez. Manfred Waddey

(Mitglied des Regionalrates Köln)

## Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

## - Anwesenheitsliste -



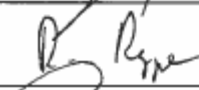

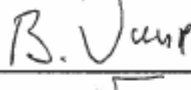
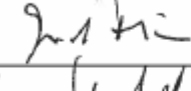
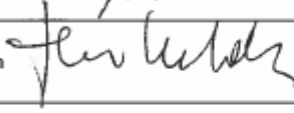
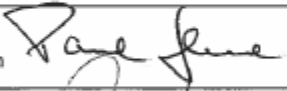
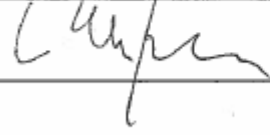
CDU-Fraktion

## 13. Sitzung des Regionalrates

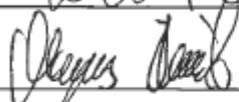
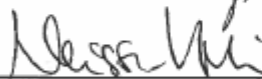
## des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 07.07.2017

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Standard	gem. Formular	
Bellis-Olinger, Teresa Elisa De	Stadt Köln		X		
Borning, Ronald	Städteregion Aachen		X		
Deppe, Rainer (MdL)	Rhein.-Berg.-Kreis		X		
Dohmen, Hans-Willi	Kreis Düren		X		
Donie, Brigitte	Rhein-Sieg-Kreis		X		
Fabian, Gerd	Rhein-Erft-Kreis		X		
Finkeldei, Norbert	Stadt Aachen		X		
Götz, Stefan	Stadt Köln	entschuldigt			
Hebbel, Paul	Stadt Leverkusen		X		O. F.
Jansen, Franz-Michael	Kreis Heinsberg		X		

TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	47

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Kehren, Hanno Dr.	Kreis Heinsberg		X	
Kitz, Marcus	Rhein-Sieg-Kreis		X	
Moll, Bert	Stadt Bonn		X	
Nessler-Komp, Birgitta	Stadt Köln		X	
Neisse-Hommelsheim, Carla	Rhein-Erft-Kreis		X	
Stefer, Michael	Oberbergischer Kreis	-entschuldigt-		
Weber, Günter	Kreis Euskirchen		X	

## Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

## - Anwesenheitsliste -

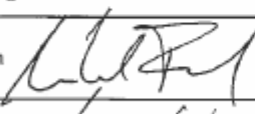
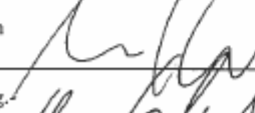
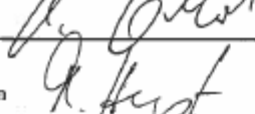
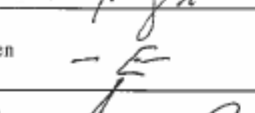
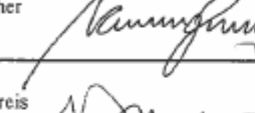
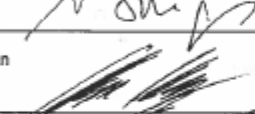

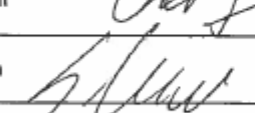
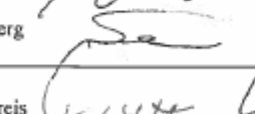


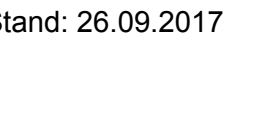

SPD-Fraktion

## 13. Sitzung des Regionalrates

## des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 07.07.2017

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:		Uhr
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Frenzel, Michael	Stadt Köln		X		
Geffen, Jörg van	Stadt Köln		X		
Jakob, Bodo	Rhein.-Berg-Kreis		X		
Hengst, Milanie	Stadt Leverkusen		X		
Höfken, Heiner	Stadt Aachen				
Konzelmann, Thorsten	Obergischer Kreis		X		
Krings, Hans	Rhein-Erft-Kreis		X		
Neitzke, Gerhard	Städteregion Aachen		X		
Noack, Horst	Stadt Köln		X		
Oetjen, Hans-Friedrich	Kreis Düren		X		
Schaper, Dieter	Stadt Bonn		X		
Schlüter, Volker	Kreis Heinsberg		X		
Tüttenberg, Achim	Rhein Sieg Kreis		X		



## Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

## - Anwesenheitsliste -

Bündnis 90/DIE GRÜNEN13. Sitzung des Regionalrates  
des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 07.07.2017

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Beu, Rolf	Stadt Bonn		<		
Herlitzius, Bettina	Städteregion Aachen		X		
Lambertz, Horst	Rhein-Erft-Kreis		X		
Windhuis, Wilhelm	Rhein-Sieg-Kreis	entschuldigt			
Waddey, Manfred	Stadt Köln		X		
Zentis, Gudrun	Kreis Düren				


TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	50

## Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

### - Anwesenheitsliste - FDP-Fraktion

13. Sitzung des Regionalrates  
des Regierungsbezirkes Köln  
am Freitag, den 07.07.2017

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:		Uhr
stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Göbbels, Ulrich	Städteregion Aachen		X		
Müller, Reinhold	Oberbergischer Kreis		X		
Westerschulze, Stefan	Rhein-Erft-Kreis		X		

## Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

### - Anwesenheitsliste -

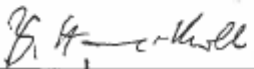

#### 13. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 07.07.2017

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr
---------------	-----	-------	-----

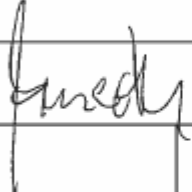
#### Die Linke

stimmberechtigte Mitglieder	Mitglied der Vertretung	Unterschrift	Abrechnung	
			Standard	gem. Formular
Hane-Knoll, Beate	Stadt Köln		X	
Singer, Peter	Rhein-Erft-Kreis		X	


#### Freie Wähler

Bornhold, Rüdiger	Rheinisch-Bergischer Kreis		X	
-------------------	----------------------------	--	---	--

#### AfD

Spenrath, Jürgen	Kreis Heinsberg			
------------------	-----------------	--	--	--

#### Piraten

Plum, Yvonne	Stadt Köln		X	
--------------	------------	---	---	--

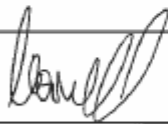



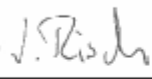
## Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

## - Anwesenheitsliste -

13. Sitzung des Regionalrates  
des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 07.07.2017

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00	Uhr	Ende:	Uhr	Abrechnung	
beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 1 LPIG	Vertreter der/des	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Kornell, Günter	Arbeitgeber		X		
Dr. Weltrich, Ortwin →	Arbeitgeber		X		
Rötting, Fritz	Arbeitgeber				
Woelk, Ralf	Arbeitnehmer		X		
Mährle, Jörg	Arbeitnehmer				
Behlau, Stefan	Arbeitnehmer				
Heimann, Ulrich	Sportverbände				
Risch, Jacob	Naturschutz- verbände		X		
Fink, Brunhilde	kommunale Gleichstellungs- stellen				

## Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

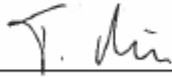

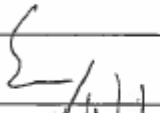
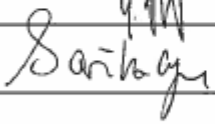
## - Anwesenheitsliste -

## 13. Sitzung des Regionalrates






## des Regierungsbezirkes Köln

am Freitag, den 07.07.2017

Ort.: Bezirksregierung Köln - Plenarsaal

Beginn: 10:00		Uhr	Ende:		Uhr
beratende Mitglieder gem. § 8 Abs. 3 LPIG	Name	Unterschrift	Abrechnung		
			Standard	gem. Formular	
Landschaftsverband Rheinland	Böll, Thomas		X		
Stadt Aachen					
Stadt Bonn	Wagner				
Stadt Leverkusen					
Stadt Köln					
Städteregion Aachen					
Kreis Düren					
Rhein-Erft-Kreis					
Kreis Euskirchen					
Kreis Heinsberg					
Oberbergischer Kreis					
Rheinisch-Bergischer-Kreis					
Rhein-Sieg-Kreis					

## - Fraktionsgeschäftsführung -

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Vertreter/in der/des (Bitte in Großbuchstaben)	Unterschrift
Teschner, Miriam	CDU	
Hoffmann, Hajo	SPD	
Martin, Christiane Schäfer-Hendriks, Antje	GRÜNE	
Westerschulze, Stefan	FDP	
FELDER, BUNDZC	FV?	

Drucksache Nr. RR 55/2017	
TOP 3	Seite
Protokoll der 13. Sitzung	55

## - Bezirksregierung Köln -

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Dezernat	Unterschrift
Frau Walsken	RPin	
Herr Kotzea	AL 3	
Herr Hundenborn	32	
Frau Müller	32	
Frau Feldmann	32	
Herr Plaszczyk	32	
Herr Schlaeger	32	
Herr Schilling	32	
Frau Lippert	32	
Frau Örs	32	
Frau Kelz	32	
Frau Isayan	32	

### Teilnehmerliste

## - G ä s t e -

Name (Bitte in Großbuchstaben)	Vertreter/in der/des (Bitte in Großbuchstaben)	Unterschrift
Willi Kolks	Landesbetrieb NRW	